

# PLENUM AKTUELL

Sondersitzung zur Haushaltseinbringung

21. April 2009

Themen und Positionen

**SPD**-Landtagsfraktion



## Haushalt 2009: Schwarz-Gelb für Rekorddefizit verantwortlich Kommunen werden Opfer dieser Schuldenpolitik

### CDU/FDP:

Finanzminister Weimar begründete das Rekorddefizit damit, dass Deutschland sich in der tiefsten Krise der Nachkriegszeit befinde und sich die drastische konjunkturelle Abkühlung voll auf Hessen durchschlage. Zudem verteidigte er seinen Entwurf mit den gesunkenen Steuereinnahmen.

**Leider ‚vergaß‘ er zu erwähnen, dass nur ein Bruchteil der neuen Schulden wirklich in Konjunkturprogramme fließt.**

Jeweils vor den Landtagswahlen 1999, 2003, 2008 und 2009 kündigten CDU/FDP ausgeglichene Haushalte an. Herausgekommen sind allerdings immer neue Defizit- und Schuldenrekorde für Hessen und nachfolgende Generationen.

### SPD:

**Die erste Lesung zum Landeshaushalt 2009 offenbarte ein Rekorddefizit in Hessen.**

CDU und FDP nutzen die Wirtschaftskrise, um zu ‚vernebeln‘, dass sie in nie da gewesener Weise Geld mit vollen Händen ausgeben und damit ein **Defizit von 2,5 Milliarden Euro** verantworten. Das höchste Defizit aller Länder Deutschlands.

Die Ankündigung des Finanzministers, einen Haushalt ohne Neuverschuldung auf die Zeit nach seiner Amtsperiode zu verschieben, verdeutlicht, dass alle Versprechungen von CDU und FDP zum Haushaltsausgleich Lug und Trug sind.

Dramatisch dabei ist, dass die Kommunen die Zeche dieser Schuldenpolitik zahlen müssen. **CDU und FDP planen, dass die Kommunen in Hessen ab 2011 rund 400 Millionen Euro jährlich weniger aus dem Kommunalen Finanzausgleich erhalten sollen.** Dies sind rd. 12 Prozent weniger als ihnen nach der derzeitigen Gesetzeslage zusteht.

**So hat eine Landesregierung die Kommunen noch nie abkassiert.**

## Steuerzahler-Bund fordert Schuldenbremse

Auch der Bund der Steuerzahler in Hessen kritisiert den Haushalt hart und fordert eine Schuldenbremse in der Landesverfassung. Der Schuldenberg Hessens werde im Jahr 2012 die Marke von 40 Milliarden Euro überschreiten, teilte der Verein am Dienstag in Wiesbaden mit. Damit werde die Zukunft der nachfolgenden Generationen aufs Spiel gesetzt. Die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Einnahmeseite würden nur unzureichend berücksichtigt.

Eine Information der SPD-Nordhessenrunde

[www.nordhessenrunde.de](http://www.nordhessenrunde.de)